

## Kritik aus Bayern an Polizeiuniformen

Vorwurf: schlechte Qualität

VON MIRJAM UHRICH

München/Hannover. Länderpolizeien etlicher Bundesländer beziehen Dienstkleidung oder Ausrüstungsgegenstände vom Logistik Zentrum Niedersachsen (LZN) – nun gibt es Beschwerden bayerischer Polizisten über die Passform der Hosen. Das niedersächsische Innenministerium, dem der zentrale Polizeiausrüster untersteht, sieht das gelassen, schließlich liege der Anteil der Reklamationen nur bei 0,29 Prozent, wie eine Sprecherin in Hannover sagte. In Bayern jedoch sollen nun von Juni an rund 300 Beamte eine neue Hose ausprobieren. Wenn diese Zuspruch finde, können Polizisten nach Angaben des Innenministeriums in München künftig zwischen dem aktuellen und dem neuen Modell wählen.

Noch in diesem Jahr werde zudem entschieden, ob Bayerns Polizei bald von einem eigenen Logistikzentrum ausgestattet werde, heißt es in München. Bislang liefert das Logistik Zentrum Niedersachsen die Uniformen. Die dunkelblaue Farbe des Hemds sei schon nach wenigen Wäschen ausgebleicht, kritisiert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoG). Noch schlimmer sei aber die Hose: Die Beamten schwitzen darin schnell, der Reißverschluss sei zu kurz für den schnellen Gang zur Toilette, und manchmal reiße sogar der Stoff. „Bei Verkehrskontrollen passiert es schon mal, dass die Kollegen plötzlich im Freien dastehen“, sagte Rainer Nachtigall, DPoG-Landesvorsitzender.

Seit Einführung der dunkelblauen Uniform vor drei Jahren hätten einige Tausend Beamte über mangelnde Qualität geklagt, so die Gewerkschaft. Das bayerische Innenministerium registrierte bislang jedoch nur rund 400 Beschwerden – bei rund 27 500 mit der Uniform ausgestatteten Polizisten. „Diese Zahlen zeigen deutlich, dass hier nicht von einem grundsätzlichen Qualitätsproblem gesprochen werden kann“, teilte ein Sprecher des Ministeriums mit.

Tatsächlich hätten sich die Beamten damals selbst für die Uniform entschieden, räumte der DPoG-Landesvorsitzende ein. Für die nachlassende Qualität gebe es daher nur zwei Erklärungen: „Entweder wird gute Qualität ausgeschrieben, aber das Logistik Zentrum Niedersachsen überprüft die Ware nicht“, niedersächsische Nachtigall. „Oder es wird gleich niedrige Qualität ausgeschrieben.“

### Niedersachsen wehrt sich

Niedersachsen weist die Kritik zurück. „Das Logistik Zentrum Niedersachsen beschafft zu 100 Prozent die durch den Freistaat Bayern vorgegebene Bekleidung“, sagte eine Sprecherin des niedersächsischen Innenministeriums. Lediglich 0,3 Prozent der bayerischen Ware werde reklamiert, auch sonst gebe es keine Beschwerden. Das Logistik Zentrum Niedersachsen statet nach eigenen Angaben Polizisten aus sieben Bundesländern aus.

Bayern soll bald nicht mehr dazugehören, zumindest wenn es nach der Polizeigewerkschaft geht. „Das können wir selber“, findet Nachtigall. Nur so habe man unmittelbaren Zugriff auf Ausschreibung und Qualitätskontrolle. Bislang habe Bayern „aufgrund der hohen Projektrisiken“ auf ein eigenes Zentrum verzichtet, erklärte ein Sprecher des Innenministeriums. Der Vertrag mit Niedersachsen laufe mindestens noch bis Ende 2021. Aus niedersächsischer Sicht, so das Ministerium in Hannover, wäre ein Wegfall der bayerischen Aufträge zu verkraften. Die starke Nachfrage aus anderen Bereichen und Bundesländern werde die bayerischen Bestellungen ausgleichen können.

### GROSSEINSATZ AUF A28

## Aufregung wegen Wellblech

Delmenhorst. Auf dem Parkplatz in Delmenhorst-Deichhorst waren am Mittwoch Einsatzkräfte wegen eines womöglich kontaminierten Gegenstandes im Einsatz. Laut Polizei hatten zwei Beamtinnen vormittags ein Wellblech von der A28 geräumt. Anschließend hätten beide über Kopfschmerzen und Atemwegsreizungen geklagt. Weil zu befürchten gewesen sei, dass die Platte kontaminiert war, wurde ein Großaufgebot der Feuerwehren alarmiert. Unter anderem wurde auch der ABC-Trupp mit sogenannter Dekontaminationskomponente eingesetzt. Das Wellblech wird laut Polizei noch analysiert. AB

### LANDGERICHT OLDENBURG

## 21-jährige sexuell bedrängt

Wildeshausen/Oldenburg. Wegen sexueller Nötigung muss sich ein 26-jähriger Angeklagter seit Mittwoch vor dem Landgericht Oldenburg verantworten. Er soll am 21. Juli 2019 in einer Wildeshauser Diskothek einer 21-jährigen Frau auf die Damen-Toilette gefolgt sein und dort versucht haben, sie im Intimbereich zu berühren. Erst als die Frau ihrem Peiniger in die Hand biss, habe er von ihr abgelassen. Weil der Angeklagte die Tat bestreitet, ist eine umfangreiche Beweisaufnahme erforderlich, für die fünf Verhandlungstage terminiert sind. Das Urteil soll am 7. Februar fallen. JBR

# Gegen die Verschwendung

Ernährungsministerin Barbara Otte-Kinast spricht mit Schülern über die Wertschätzung von Lebensmitteln



VON PETER MLODOCH

Hannover. Auf dem Tisch neben der Geschirrrückgabe steht eine Waage mit einem Eimer. „Tellerreste“, besagt das Schild davor, sollen hier rein. Überbleibsel vom Mittagessen in der Mensa der Elsa-Brändström-Schule in Hannovers Südstadt. Interessiert insiziert Ernährungsministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) den bunten Mischmasch aus gekochtem Gemüse, Tomatensoße und Bratwurststückchen, auch eine Scheibe Vollkornbrot liegt obenauf.

1296 Gramm zeigt das blaue Display am Mittwochmittag – die Wegwerfmenge bei bislang 30 jungen Mensabesuchern, von denen neun ihren Teller nicht leer gegessen haben. Auf der Stellwand daneben markieren die Schüler mit kleinen Klebepunkten ihre Gründe. „Nicht geschmeckt“ ist diesmal noch nicht vertreten, dafür fünfmal die Kategorie „Portion zu groß“ und viermal das Feld „Ich hatte keine Zeit mehr“. Das sei überraschend und auffällig, sagt die Braunschweiger Studentin Cathrin Rieseler, die für die Vernetzungsstelle Schulverpflegung das Reste-Messen betreut. „Fürs Essen sollte sich doch jeder ausreichend Zeit nehmen können.“ Zwei Schritte weiter können die Gymnasiasten auf Plakaten Kritik und Anregungen zum Mittagstisch loswerden.

Das „Abfallbarometer“ mit Eimer und Waage ist zentraler Teil der Projektwoche „Lebensmittelwertschätzung in der Schulverpflegung“ an der Elsa-Brändström-Schule, die sich nach den Worten ihrer Leiterin Annette Wull-

stein den Grundsätzen von Nachhaltigkeit und Umweltschutz verschrieben hat. Die rund 900 Schüler dort und an bislang drei weiteren geförderten Schulen in Stade, Osnabrück und Lüneburg behandeln das Thema Verschwendung und Vernichtung von Essen im Unterricht und sollen Strategien gegen die Wegwerf-Mentalität entwickeln. „Viel zu viele Lebensmittel landen in der Tonne“, kritisiert Ressortchefin Otte-Kinast. „Das müssen wir ändern.“ Zwölf Millionen Tonnen wandern nach ihren Angaben in Deutschland jährlich auf den Müll, davon entfielen 1,7 Millionen Tonnen auf den Außer-Haus-Verzehr in Restaurants, Imbissen oder eben auch Mensen.

Ein Dorn im Auge ist der Ministerin vor allem das starre Mindesthaltbarkeitsdatum. „Riech und probier doch erst mal“, rate sie ihren Kindern zu Hause, wenn diese abgelauene Lebensmittel entsorgen wollten. Diese seien oft noch über Tage und Wochen hinaus genießbar. Bei den Schülern rennt sie damit offene Türen ein. „Ich werfe erst bei Schimmel weg“, berichtet Ole, nach eigenen Angaben ein leidenschaftlicher Hobby-Koch. Bei einer Podiumsdiskussion in der voll besetzten Schulaula tauschen Ressortchefin und Jugendliche Tipps aus. „Die Lasagne-Reste kann man einfrieren, die schmecken dann auch noch nach ein paar Tagen gut“, berichtet eine Zwölfklässlerin. „Wir machen aus Resten eine Gemüse-Reis-Pfanne mit Käse“, erzählt ihr Mitschüler. „Altes Brot ist getoastet immer noch lecker“, sagt Otte-Kinast.

Die Ministerin kritisiert allerdings auch das Anspruchsdenken des Handels und vieler

Konsumenten. „Die Verschwendung beginnt schon auf dem Acker, wenn gute Produkte nach der Ernte dort bleiben müssen.“ Auch kleine Kartoffeln schmecken gut. Und niemand sollte erwarten, dass er kurz vor Ladenschluss beim Bäcker noch die volle Auswahl an Broten bekomme.

Gymnasiast Ralf wiederum regt ein Reste-Buffer in seiner Mensa an. Den älteren Jahrgängen reichen die Portionen oft nicht. „Wir kriegen aber keinen Nachschlag, obwohl selbst kurz vor Küchenschluss immer noch viel übrig ist.“

Otte richtet seinen Blick schon weiter und fordert ein Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung nach dem Vorbild Frankreichs, wo die Supermärkte in die Pflicht genommen

würden. „Das kenne ich nicht“, gibt die Ministerin zu. Zualterererst müsse man aber das Verhalten der Menschen ändern, „den Kopf freimachen und querdanken“. Wenn allerdings freiwillige Maßnahmen nicht ausreichen, müsse man auch über das Ordnungsrecht nachdenken. „Das Thema nehme ich mit in mein Ministerium“, verspricht sie den Schülern. Der Applaus der gesamten Aula ist ihr da sicher.

Kurze Zeit später geht die Ressortchefin mit gutem Beispiel voran. In der Mensa lässt sich Otte-Kinast einen Teller mit Bratwurst, Kartoffelecken und Tomatensoße reichen. Den Reste-Eimer braucht sie nicht, stolz präsentiert sie ihren komplett leer gegessenen Teller: „Abgeleckt habe ich ihn aber nicht mehr.“

Schülerinnen an der Elsa-Brändström-Schule in Hannover notieren auf einer Tafel, warum sie ihren Teller nicht leer gegessen haben.



## Experten uneins über Notwendigkeit von Tierversuchen

Grüne fordern mehr staatliche Kontrollen der Labore, FDP plädiert für Ausnahmen, Tierschutzbefürworter sehen andere Probleme

VON CHRISTINA STICHT

Hannover. Blutende Hunde, gefesselte Affen: Die heimlich aufgenommenen Bilder aus einem Tierversuchslabor südlich von Hamburg haben viele Menschen erschüttert. Gegen den Betreiber ermittelt die Staatsanwaltschaft Stade. Bei einer Experten-Anhörung wollten niedersächsische Politiker am Mittwoch herausfinden, wie die Situation in anderen Laboren aussieht und welche Alternativen es zu den Experimenten gibt. Die Organisation Ärzte gegen Tierversuche beklagte im Agrarausschuss des Landtags, dass Milliarden Euro in die Forschung mit Tierversuchen fließen, während nur rund 20 Millionen für die Erprobung von Alternativen bereitgestellt würden.

Dabei könnten zum Beispiel Stoffe im Computermodell genauer getestet werden als im Tierversuch, sagte die Biologin Julia Radzwil von Ärzten gegen Tierversuche. Vielversprechend sei auch die Arbeit mit zurückprogrammierten Stammzellen, aus denen etwa Nieren- oder Leberzellen gewonnen werden können. Sogenannte Multi-Organ-Chips seien zudem kostengünstiger als genmanipulierte Mäuse.

Dagegen betonte André Bleich vom Institut für Versuchstierkunde der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) die Wichtigkeit der Experimente. „Es werden weiterhin Tier-

versuche notwendig sein“, sagte er. Andernfalls wäre Deutschland in der Forschung nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Immuntherapie mit Checkpoint-Inhibitoren zum Beispiel – eine Revolution in der Krebstherapie – beruhe auf Erkenntnissen mit Mäusen in den 1970er- und 1980er-Jahren, sagte Bleich. Wie die Bundesregierung im Dezember mitteilte, wurden 2018 insgesamt gut 2,8 Millionen Tiere in Versuchen „verbraucht“, das waren fast 20 000 mehr als im Vorjahr.

Die Missstände im Labor LPT in Mienenbüttel im Kreis Harburg seien kein Einzelfall, sagte Katy Taylor von Cruelty Free International.



Mahnwache von Tierschützern vor dem Labor der Firma LPT am Rande von Mienenbüttel: Der britische Verein Cruelty Free International hatte zusammen mit der Soko Tierschutz im Oktober 2019 die Missstände aufgedeckt. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft.

Der britische Verein hatte die Tierschutzverstöße gemeinsam mit der deutschen Soko Tierschutz aufgedeckt. „Das Problem ist, dass die Experimente hinter verschlossenen Türen gemacht werden“, sagte sie. Notwendig seien mehr Kontrollen und strengere Vorschriften.

Laut Ärzten gegen Tierversuche entfallen mehr als die Hälfte der Tierversuche in Deutschland auf die Grundlagenforschung. Nur 0,3 Prozent dieser Versuche lassen sich Radzwil zufolge tatsächlich auf den Menschen übertragen. „Das ist desaströs wenig“, kritisierte sie. Auch von 100 an Tieren getesteten Medikamenten gelangten später nur

fünf tatsächlich auf den Markt. Die Alternativen, die auch an der MHH erforscht würden, hätten ein großes Potenzial, räumte auch Bleich ein. Für den medizinischen Fortschritt seien aber auch weiterhin Tierversuche notwendig. Täglich setzten sich in der Tierhaltung der MHH zahlreiche Tierärzte, Biologen und Tierpfleger für das Wohl der Tiere ein.

Bei LPT in Mienenbüttel wurden im Dezember die letzten genehmigten Tierversuche beendet. Für Versuche mit Affen hatte das niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz (Laves) schon zuvor die Genehmigung entzogen. Die Staatsanwaltschaft Stade ermittelt wegen Verstößen gegen den Tierschutz. Parallel prüft der Landkreis Harburg, ob dem Betrieb die Genehmigung entzogen werden kann. LPT hat seinen Hauptsitz in Hamburg.

Die Landesregierung müsse Tierversuchslabore strenger kontrollieren, damit unhaltbare Zustände wie bei LPT in Mienenbüttel gar nicht erst auftreten, sagte die Grünen-Politikerin Miriam Staudte. „Wir fordern zudem dringend eine Verschärfung des Bundestierschutzgesetzes.“ Der FDP-Abgeordnete Hermann Grube sagte: „Es gibt Bereiche, in denen Tierversuche unvermeidbar sind.“ Sie sollten jedoch auf das allernötigste Maß beschränkt werden. „Die Bilder aus dem Labor in Harburg waren unsäglich. So etwas darf sich nicht wiederholen.“

Kritischer Blick: Ministerin Barbara Otte-Kinast inspiziert, wie viel die bisher 30 Mensabesucher an Essensresten weggeworfen haben. Das Display daneben zeigt 1296 Gramm an.

FOTOS: PETER MLODOCH

FOTO: BODO MARKS / DPA